

«Kein Vertrauen mehr in die PVS»

Nach der Gemeinde Ruggell verlassen nun auch Schellenberg und Gamprin-Bendern die Pensionsversicherung für das Staatspersonal. Dies haben beide Gemeinderäte beschlossen, wie auch, dass man per 1. Januar zum Sozialfonds wechselt.

Von Stefan Batliner

Schellenberg. – Die Gemeinden Schellenberg und Gamprin-Bendern nehmen, wie gestern bekannt wurde, mit dem Anschluss an den Sozialfonds auch den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat vor. Mit den Beschlüssen, die Anschlussvereinbarung mit der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVS) auf das Jahresende zu kündigen, sind Gamprins und Schellenbergs Gemeinderäte in ihren Sitzungen vom 18. September jeweils den Anträgen ihrer Vorsorgekommissionen gefolgt. Von Gesetzes wegen waren beide Gemeinden verpflichtet, betriebliche Vorsorgekommissionen einzusetzen. In beiden Gemeinden wurden drei Vertreter aus dem Gemeinderat und drei Arbeitnehmervertreter in die Kommissionen gewählt. In Schellenberg war zusätzlich Vorsteher Norman Wohlwend als beratendes Mitglied ohne Stimmrecht an den Sitzungen beteiligt.

«Keine Luxuslösung»

Karin Hassler, die als Arbeitnehmervertreterin in die Schellenberger Vorsorgekommission gewählt wurde, führt auf Anfrage aus, dass der neue Vorsorgeplan in drei intensiven Sitzungen erarbeitet wurde. Dabei habe man verschiedene Modelle und Beitragshöhen geprüft und sich auf die nun beschlossene Lösung geeinigt. Für die Rentner ändere sich, was die Leistungen angeht, mit dem neuen Vorsorgeplan und dem Wechsel zum Sozialfonds nichts. «Die Arbeitnehmer haben mit dem Austritt keinesfalls

eine Luxuslösung. Die Versicherten werden künftig das Risiko – wie jeder andere Versicherte auch – selbst tragen», betont Hassler. Der Schellenberger Gemeinderat hat bereits Ende 2012 einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 2,6 Millionen Franken, zur Ausfinanzierung der Deckungslücke bei der PVS, beschlossen. Diese Ausfinanzierung ist Voraussetzung für den Austritt aus der PVS.

Unsicherheit besteht

«Wir haben uns für den Wechsel entschieden, weil die Arbeitnehmer kein Vertrauen mehr in die PVS und die für das Debakel Verantwortlichen haben. Ein weiterer Grund sind die Kosten in Relation zu den Leistungen für die Arbeitnehmer und die Gemeinde, die durch die vom Landtag verabschiedete Lösung entstehen würden», begründet sie. Ausserdem bestehe – in Anbetracht der Volksinitiative «Pensionskasse Win-Win» – eine erhebliche Unsicherheit, ob die vom Landtag verabschiedete Lösung überhaupt in Kraft treten wird oder wie es mit der PVS weitergehen wird. Zudem bestehe die Gefahr, dass im Extremfall der Staatsgerichtshof darüber entscheiden wird, was für eine Pensionsversicherung man haben wird.

«Jeder Tag kostet Geld»

Gamprins Vorsteher Donath Oehri teilte auf Anfrage mit, dass für seine Gemeinde der Zeitfaktor eine zentrale Rolle beim Verlassen der PVS gespielt hat. «Wir mussten bis Ende September entscheiden und kündigen, sonst hätten wir aufgrund der Kündigungsfrist für mindestens ein weiteres halbes Jahr die Ungewissheit für die Gemeinde als Arbeitgeberin und auch für die Angestellten als Arbeitnehmer gehabt. Da jeder Tag Geld kostet und eine solide neue Lösung vorliegt, wollten wir keine Zeit mehr verlieren», so Oehri. Er betont auch, dass man mit diesem Beschluss der PVS nicht schaden wolle und auch nicht



Vor einigen Wochen waren fünf Gemeinden bei der PVS versichert: Nach den Austritten von Gamprin, Schellenberg und Ruggell sind es noch zwei – Triesen und Mauren. In beiden Gemeinden stehen Entscheidungen an. Bild Daniel Ospelt

schade. Dass die im Raum stehenden Austritte der Gemeinden die strukturelle Situation der PVS nicht verschlechtern, bestätigte PVS-Stiftungsratspräsidentin Ingrid Hassler-Gerner am vergangenen Samstag im «Vaterland». Oehri erinnerte auch daran, dass die Gemeinde Gamprin-Bendern sich voraussichtlich mit 2,066 Millionen Franken an der Ausfinanzierung der PVS-Deckungslücke in Höhe von 307 Millionen Franken beteiligen wird – dies unabhängig davon, ob man nun bei der PVS geblieben wäre oder den Vorsorgeträger wechselt.

Im neuen Vorsorgeplan der Gemeinde sind laut Oehri verschiedene Parameter festgehalten, die allesamt einen Abbau der Leistungen für die Arbeitnehmer bedeuten, die damit ebenfalls

einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung der Pensionskasse leisten. Einzig gleichbleibend für die Arbeitnehmer sei, dass die Pensionskassenbeiträge zu 55 Prozent von der Gemeinde und zu 45 Prozent von den Arbeitnehmern finanziert werden.

Heute fällt Entscheidung in Mauren

Neben den drei Gemeinden, die bereits einen Wechsel der Pensionskasse beschlossen haben, sind noch die Gemeinden Mauren und Triesen bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVS) versichert. Wie Triesens Vorsteher Günter Mahl auf Anfrage sagt, prüft die Gemeinde Triesen derzeit noch, wie es in Sachen Pensionsversicherung weitergehen soll. Freddy Kaiser, Vorsteher der Gemein-

de Mauren, erklärt, dass der Maurer Gemeinderat heute Abend eine Entscheidung fällen wird. Die fünf Gemeinden Triesen, Gamprin-Bendern, Schellenberg, Mauren und Ruggell haben im Frühling beschlossen, mit der fachlichen Unterstützung der Firma Swisscanto gemeinsam Eckpunkte für mögliche neue Vorsorgepläne auszuarbeiten.

In der Folge trafen sich die Gemeindegassiere und Vorsteher der bei der PVS angeschlossenen Gemeinden zu mehreren Sitzungen. Ebenso holte diese Arbeitsgruppe bei verschiedenen Vorsorgeeinrichtungen Offerten ein. Auf diesen Grundlagen konnten später die Vorsorgekommissionen aufbauen, die von den Gemeinden eingesetzt wurden.